

26.09.2025

Niederschrift 003/2025

Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr

am 11.09.2025 | Aula im Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 16:02 Uhr

Ende 17:14 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Herbert Krusel

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Norbert Enters

Herr Jens Hebebrand

Herr Jürgen Kerl

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Uwe Zühlke

Vertretung für Herrn Wilhelm Null

Anwesend bis 17:03 Uhr

Vertretung für Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Wilhelm Kleimann

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Susanne Melchert

Herr Carl Schulz-Gahmen

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Jens Hoffmann

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert

Herr Reinhard Streibel

Vertretung für Herrn Emanuel Wiggerich

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Axel Degen

Vertretung für Herrn Rainer Seepe

Verwaltung

Herr Nils-Holger Gutzeit, Dezernent | Dez. V

Frau Sengül Ersan, Fachbereichsleitung | Zuwanderung und Integration | FB 35

Frau Sandra Schulte-Waßen, Fachbereichsleitung | Zentrale Ausländerbehörde | FB 33

Herr René Wauro, Kreisbrandmeister und Fachbereichsleitung | Bevölkerungsschutz

Frau Silke Neubert, Sachgebietsleitung | Straßenverkehr | FB 36
Herr Arber Aliu, Schriftführung | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Wilhelm Null
Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Kreistagsmitglied CDU

Herr Martin Niessner

Sachkundiger Bürger Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Emanuel Wiggerich

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Rainer Seepe

Kreistagsmitglied GFL + WfU

Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglied Fraktionslos

Frau Marion Küpper

Herr Krusel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 28.08.2025 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung der Schriftführung |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohner*innen |
| Punkt 3 | | Bericht aus den Fachbereichen des Dezernats V |
| Punkt 4 | 108/25 | Ergänzung der 5. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes |
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Herr Arber Aliu zum Schriftführer für den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr bestellt. Zu stellvertretenden Schriftführungen werden Frau Silke Liebig, Frau Sabrina Albert, Frau Sonja Risy sowie Frau Tara Janello bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 3 Bericht aus den Fachbereichen des Dezernats V

Herr Gutzeit führt aus, dass man die Sitzung nutzen möchte, um über wichtige Themen zu berichten.

Gefahrenabwehrzentrum:

Herr Gutzeit informiert über das geplante Gefahrenabwehrzentrum. Wie bekannt sei, sei dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden, um zu prüfen, inwieweit das Gefahrenabwehrzentrum so, wie es geplant sei und wie es angesichts der derzeitigen Situation notwendig erscheine, auf dem ins Auge gefassten Grundstück realisiert werden könne. Diese Machbarkeitsstudie stehe kurz vor dem Abschluss.

Es seien noch einige Messungen notwendig, die jedoch größtenteils bereits erfolgt seien. Hintergrund sei, dass man sich für ein Grundstück entschieden habe, das sich im Eigentum der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH befände. Es handele sich um eine Fläche in der Nähe des BMW-Händlers an der Hansastraße. Rechts davon läge ein rund 15.000 Quadratmeter großes Grundstück, das für das Vorhaben vorgesehen sei. Nach allem, was bisher bekannt sei, bestünden keine Bedenken gegen die Umsetzung an diesem Standort.

Der Standort sei zentral gelegen und geeignet, auch deshalb, weil der bisherige Standort an der Florianstraße weiterhin bestehen bleiben solle. Alles, was künftig im Bereich der Aus- und Fortbildung stattfinden solle, ebenso wie alle Maßnahmen in der Kommunikation mit dem Ehrenamt oder mit den höchsten Organisationen, sollte am neuen Standort durchgeführt werden. Dies gelte insbesondere für Fortbildungen und ähnliche Veranstaltungen.

Man werde bis Ende des Jahres in der Lage sein, einen entsprechenden Beschlussvorschlag zum Erwerb dieses Grundstückes vorzulegen und letztlich ein Ingenieurbüro beauftragen, welches die Ausschreibung für das Gefahrenabwehrzentrum vorbereiten könne. Die geplante Schrittfolge sehe zunächst den Erwerb des Grund-

stückes vor, anschließend solle ein Unternehmen beauftragt werden, die Ausschreibung für das Zentrum vorzubereiten, da dies nicht allein umgesetzt werden könne.

Bezüglich des Kostenvolumens lägen erste Schätzungen ausschließlich für die Errichtung des Gebäudes vor. Dabei sei noch keine Feuerwehrentechnik, keine Landsteuertechnik und keine Büroausstattung berücksichtigt worden. Das Kostenvolumen werde auf rund 42 bis 44 Millionen Euro geschätzt. Herr Gutzeit weist auf die derzeitigen Marktbedingungen hin und fügt hinzu, dass Kostensteigerungen – basierend auch auf Einschätzungen von Gutachtern – von 15 bis 20 Prozent möglich sein könnten und in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht mit einer Entspannung der Preise zu rechnen sei.

Frau Wohlgemuth erkundigt sich, ob das Gefahrenabwehrzentrum mit Teilen der Polizei sowie der Feuerwehr beziehungsweise des Bevölkerungsschutzes kooperiere. Sie fragt an, welcher Teil der Feuerwehr in das Gefahrenabwehrzentrum einziehen solle.

Herr Gutzeit erläutert, dass man sich kürzlich mit den Leitern der Feuerwehren im Kreis Unna zu einer Dienstbesprechung zusammengesetzt habe. Dort sei besprochen worden, dass es sich um ein erweitertes Verwaltungsgebäude handele. Geplant sei, dass der Fachbereich 38 mit seinen drei Sachgebieten einziehe. Darüber hinaus würden Räume für die Krisenstabsarbeit vorgehalten.

Es solle auch die zivile Verteidigung berücksichtigt werden. Bei der Errichtung solcher Gebäude werde unter anderem auf die Vorhaltung abhörsicherer Räume geachtet. Die Flächen, die nicht als Büro- oder Besprechungsräume genutzt würden, sollten für die Unterstellung von Fahrzeugen des Kreises Unna vorgesehen werden. Dazu könnten Rettungswagen oder Löschfahrzeuge zählen, die in dem Gebäude untergebracht werden könnten.

Frau Schmeltzer-Urban erkundigt sich, ob die Leitstelle ebenfalls in die Planung einbezogen werde. Herr Gutzeit bestätigt dies. Er fügt hinzu, dass die Kreispolizei bereits seit Jahren nach entsprechenden Räumlichkeiten suche und der Kreis Unna diese Räumlichkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Herr Bangert fragt an, ob die Leitstelle der Polizei an der Oberen Husemannstraße ebenfalls einziehen solle. Herr Gutzeit bestätigt dies und erläutert, dass die Leitstelle im weiteren Sinne die Kollegen umfasse, die die Einsätze entgegennehmen, steuern und entsprechende Aufgaben bei Großveranstaltungen übernehmen würden. Die Kreispolizeibehörde als Institution werde an ihrem Standort verbleiben, während der Teil der Leitstelle in das neue Gefahrenabwehrzentrum verlagert würde.

Fachbereich Zuwanderung & Integration:

Frau Ersan erläutert, dass der neue Fachbereich seit etwa zweieinhalb Jahren bestehe. Sie gebe zu, dass die Zeit herausfordernd, aber auch sehr aufregend gewesen sei, insbesondere angesichts der Neuorganisation eines neuen Fachbereichs. Dennoch sei diese Phase erfolgreich abgeschlossen worden und der Fachbereich habe sich gut entwickelt.

Sie führt aus, dass Integration dort stattfinden müsse, wo die Menschen seien. Die Menschen befänden sich im Bereich der Ausländerbehörde, sodass versucht werde, sie in Unterstützungsstrukturen zu überführen, soweit dies möglich sei. Dies betreffe insbesondere den Asylbereich, wobei alle Menschen, die dort durchlaufen würden, Kenntnis davon erlangen sollten, dass es ein kommunales Interaktionsmittelstück gebe. Auf diese Weise könnten sie im Alltag auf Beratungs- und Unterstützungsangebote zurückgreifen. Wer diese Angebote nutze, dem werde geholfen; wer dies nicht wolle, müsse mit entsprechenden Konsequenzen rechnen.

Mit der Neuorganisation sei es gelungen, die Ausländerbehörde (ABH), die ursprünglich nur ordnungsrechtlich arbeitete, darauf auszurichten, wie sie zu kommunalen Migrations- und Teilhabeprozessen beitragen könne. Dies sei sehr erfolgreich umgesetzt worden.

Es werde tageweise ein Integration-Point in der Ausländerbehörde angeboten, sodass in nahezu jeder Zuwanderungsgeschichte der Weg zu guten Beratungsangeboten möglich sei. Gleichzeitig sei die Transparenz gegenüber Ehrenamtlichen, anderen Behörden und Institutionen deutlich verbessert worden.

In den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren habe man zahlreiche Rückmeldungen erhalten, dass sich die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde massiv verbessert habe. Dies sei erfreulich, da der Auftrag, nachvollziehbar zu handeln und Entscheidungen zu erklären, so umgesetzt werde, dass die Menschen Verständnis zeigten, auch wenn sie die Maßnahmen nicht immer begrüßten.

Alle Verfahren in der Ausländerbehörde seien überprüft worden. Zudem sei die Gelegenheit genutzt worden, die Behörde zu digitalisieren. Die E-Akte sei eingeführt und das Verfahren weitestgehend umgesetzt worden. Alle Akten seien eingescannt und die Kolleginnen und Kollegen könnten mit der E-Akte arbeiten.

Frühzeitig sei auch das Online-Angebot für Anträge eingerichtet worden, sodass Menschen ihre Anträge digital stellen könnten, um die Behörde möglichst selten persönlich aufsuchen zu müssen. Dieses Angebot werde zunehmend angenommen. Gleiches gelte für die Einbürgerungsbehörde.

Seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Juni des Vorjahres sei davon ausgegangen worden, dass im Kreis Unna, außer in Lünen, etwa 17.000 potenzielle Anträge zu erwarten seien. Aus diesem Grund sei das Personal in diesem Bereich aufgestockt worden. Vor den Online-Anträgen sei ein Quick-Check eingeführt worden, sodass nur Personen, die diesen erfolgreich durchliefen, auch einen Antrag stellen könnten. Andernfalls sei sichergestellt, dass die Voraussetzungen nicht erfüllt seien und keine aussichtslosen Anträge gestellt werden. Auch habe man in jeder Kommune im Kreisgebiet Unna Informationsveranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt.

Frau Ersan betont die Verbesserung der Wartezeiten für einen Termin im Einbürgerungsbereich. Seien es zuvor zwölf Monate Wartezeit gewesen, liege die Wartezeit aktuell bei neun Monaten. Ergänzend zum Termingeschäft fügt Frau Ersan hinzu, dass man vor einiger Zeit auf ausschließliches Terminvergabesystem in der Ausländerbehörde umgestellt habe. Das Konzept sei derart erfolgreich umgesetzt worden, dass ein Termin innerhalb von zwei Wochen vereinbart werden könne. Zusätzlich würden neben den vereinbarten Terminen jeden Morgen kurzfristige Terminkapazitäten eröffnet, die die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort über einen Internetzugang buchen könnten.

Frau Ersan berichtet über den erfolgreichen Umzug des Fachbereichs. Trotz eines einmonatigen Verzugs sei der Umzug insgesamt sehr gut verlaufen. Zudem gebe es kein Parkplatzproblem.

Die schwierigen Themen seien im Fachbereich gelöst, nun werde man sich auf „nice to have“ konzentrieren, um die Arbeitsabläufe sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürgerinnen und Bürger zu optimieren. Frau Ersan hebt den Einsatz ihres Teams besonders hervor und dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistungen.

Frau Ersan berichtet zudem über die Verleihung des Demokratiepreises und unterstreicht, dass man die Demokratie fördern wolle und hierbei eng mit den Schulen zusammenarbeiten werde.

Frau Wohlgemuth erkundigt sich, ob die „Arbeit an der Front“, die in der Vergangenheit als äußerst belastend empfunden worden sei und zu Personalfluktuationen geführt habe, mittlerweile verbessert werden konnte. Frau Ersan bestätigt dies.

Fachbereich Zentrale Ausländerbehörde (ZAB):

Frau Schulte-Waßen betont, dass ihr Fachbereich (33) nun ausschließlich die Funktion der ZAB übernehme. Aufgaben der EAE-Registrierungen würden seit Anfang des Jahres nicht mehr übernommen.

Sie führt aus, dass die räumliche Trennung vom Fachbereich 35 aus fachlicher und personeller Sicht sinnvoll sei. Mit der alleinigen Nutzung des Dienstgebäudes in der Zechenstraße seien auch die Arbeitsabläufe neu strukturiert worden. Regelmäßig fänden Botschaftsvorfürungen statt – in diesem Jahr habe man gemeinsam mit der Bundespolizei und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Veranstaltungen mit den Botschaften des Irak und Somalias organisiert. Die damit verbundenen Zuführungen von Straftätern könnten nun ohne große Aufmerksamkeit erfolgen – etwas, das im früher gemeinsam genutzten Gebäude mit Fachbereich 35 nicht in dieser Form möglich gewesen sei. Auch für den Fuhrpark ergäben sich infrastrukturelle Verbesserungen: Derzeit verfüge man über 19 Fahrzeuge, fünf weitere würden zeitnah hinzukommen, die allesamt sicher abgestellt werden könnten.

Auch in der Personalbesetzung werde es Entwicklungen geben. Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW habe die Zusage für weitere 17 Äquivalente gegeben, sodass man im Jahr 2026 auf insgesamt 129 Stellen anwachsen werde; vor einigen Jahren seien es noch 59 Stellen gewesen. Das Ministerium verfolge das Ziel, die Rückführungsmaßnahmen zu verbessern. Nach dem Terroranschlag in Solingen habe die Landesregierung ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu Migration, Sicherheit und Prävention beschlossen. Für die ZAB bedeute dies zwei Säulen:

Seit dem 1. Januar habe man den Bereich der Rückkehrberatung übernommen, die von spezialisierten Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen werde. Hintergrund sei, dass in den Einrichtungen für Geflüchtete die Verbände nicht mehr in ausreichendem Maße vor Ort seien, um Rückkehrberatungen durchzuführen. Daher sei der Kreis Unna hier mit vier geschulten Beschäftigten eingestiegen. Als Ergebnis könne man bereits jetzt eine deutliche Steigerung der freiwilligen Ausreisen verzeichnen, die schon die Zahlen des gesamten Vorjahres erreicht hätten.

Das Rückkehrmanagement im Außendienst bilde die zweite Säule. Im vergangenen Jahr seien drei zusätzliche Personen eingesetzt worden, zeitnah würden zehn weitere Personen folgen. Auch hier würden die Kosten vom zuständigen Ministerium übernommen. Zudem habe man im laufenden Jahr bereits mehr kommunale Ausländerbehörden unterstützen können als im gesamten Vorjahr.

Im Rahmen der Digitalisierung gebe es jedoch Schwierigkeiten. Im Gegensatz zum Fachbereich Zuwanderung und Integration müsse die Einführung der elektronischen Akte mit fünf ZAB sowie dem zuständigen Ministerium abgestimmt werden, was bislang Probleme bereitet habe.

Herr Bangert erkundigt sich, wie es um den Einsatz von Sprachmittlern und Dolmetschern stehe – ob es feste Dolmetscher gebe oder ob diese punktuell hinzugezogen würden. Frau Schulte-Waßen erläutert, dass Dolmetscher punktuell bestellt würden. Sowohl in der Rückkehrberatung als auch in der allgemeinen Beratung

würden Dolmetscher zu den vereinbarten Terminen hinzugezogen. Der Einsatz fester Sprachmittler könne hier nicht erfolgen.

Herr Krusel sehe eine positive Entwicklung in der Beteiligung der Dolmetscher, da sowohl die Menschen, welche die deutsche Sprache nicht gut beherrschen würden, als auch die Vertreter*innen der Behörden hier besser miteinander kommunizieren könnten.

Fachbereich Straßenverkehr

Frau Neubert berichtet in der Führerscheinstelle seien zwei Projekte in Umsetzung. Zum einen setze man das Projekt „Gelbe Karte“ um, bei dem es um die Prüfung der Fahreignung von Jugendlichen geht, bevor sie einen Führerschein bekommen. Beginn des Projekts sei 2014 gewesen, jedoch ist es über die Zeit nicht intensiv fortgeführt worden. Nun habe man im Sachgebiet das Thema erneut aufgegriffen und Anfang 2025 intensiv ausgerollt. Man möchte Jugendliche auf Fehlverhalten hinweisen, z.B. durch Briefe an die Erziehungsberechtigten, in denen darauf hingewiesen werde, dass Probleme bestünden, die dem Erwerb des Führerscheines des jeweiligen Kindes entgegenstünden. In den Briefen sei auch eine entsprechende Verwarnung (hier gelbe Karte) beigelegt. Ziel sei, dass die Jugendlichen das Verhalten ändern, damit dem Erwerb des Führerscheines nichts entgegenstünde. Bei gleichbleibendem Verhalten, drohe eine „rote Karte“ und damit eine medizinisch-psychologische Untersuchung. Dieses Projekt werde in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei umgesetzt, aber auch mit den Schulsozialarbeitern, die für dieses Thema sensibilisieren. Aktuell werde ein Video von der Stelle Presse und Kommunikation des Kreises Unna erstellt.

Frau Wohlgemuth fragt an, ob flächendeckend alle Eltern angeschrieben würden. Frau Neubert erwidert, dass lediglich die Eltern angeschrieben werden, bei denen die Kinder auffällig geworden seien.

Herr Kleimann fragt an, ob die Erweiterung des Projektes auch den Lünen-Raum umfasse. Dies verneint Frau Neubert. Ziel sei es jedoch, dass Projekt auf das gesamte Kreisgebiet auszuweiten.

Als weiteres Projekt gebe es das sogenannte Positiv-Netzwerk aus dem gewerblichen Kraftverkehr. Dabei gehe es grundsätzlich um die Erteilung von Durchfahrtsgenehmigungen durch den Kreis Unna für den Großraum-Schwertransport. Gemeint sei die Nutzung von Auffahrten und Abfahrten der Autobahnen zu Gewerbebetrieben sowie die Inanspruchnahme von Straßen.

Zuständig seien derzeit die Kommunen. Dort träten jedoch Probleme in der Bearbeitung auf, die sowohl mit der personellen Ausstattung als auch mit fehlendem Fachwissen zusammenhängen würden. Daher habe die Idee bestanden, das Verfahren beim Kreis Unna zu zentralisieren. Dies solle in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen geschehen, da diese die notwendigen Grundinformationen liefern müssten. Das Verfahren werde also beim Kreis geführt, während die Kommunen sogenannte Positiv-Strecken meldeten, die für den Schwerlasttransport geeignet seien. Diese könnten dann in ein Positiv-Netzwerk aufgenommen werden, so dass sich Antragsteller – etwa Firmen – schon im Vorfeld informieren könnten, welche Strecken problemlos nutzbar, welche bereits genehmigt worden und welche nicht geeignet seien. Ziel sei es, den Schwerlastverkehr auf Hauptstrecken zu konzentrieren, Durchfahrten über Nebenstrecken zu vermeiden und damit das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen.

Dabei solle auch der Geoservice einbezogen werden, um eine optische Darstellung und breite Zugänglichkeit des Projekts zu gewährleisten. Man wolle einen öffentlichen Vertrag mit den Kommunen schließen, um den Kreis Unna über die bestehende Zuständigkeit hinaus verantwortlich zu machen. Ein entsprechender Vertrag sei in Bearbeitung.

Das Projekt lief weiter, auch wenn es aktuell aufgrund personeller Engpässe zu Verzögerungen komme. Man sei jedoch zuversichtlich, dass eine Umsetzung in absehbarer Zeit möglich sei. Die zuständigen Mitarbeiter*innen hätten das Vorhaben dem Verkehrsministerium vorgestellt, wo es positiv aufgenommen und zumindest theoretisch unterstützt worden sei. Es sei langfristig wünschenswert, wenn eine Änderung der Zuständigkeitsverordnung erreicht werden könnte, um die Problematik dauerhaft zu lösen. Auch das Land habe sich mit der Thematik befasst und sehe das Ziel darin, alle Kreise in Nordrhein-Westfalen in die Zuständigkeit einzubeziehen. Dieser Prozess werde jedoch noch andauern, sodass kurzfristig zunächst der öffentliche Vertrag den Handlungsspielraum erweitern und den weiteren Aufbau des Positiv-Netzwerks ermöglichen solle.

Aus der Bußgeldstelle könne berichtet werden, dass im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung erneut hohe Überschreitungen festgestellt worden seien. Solche Werte seien immer wieder überraschend und zeigten deutlich die Notwendigkeit der Kontrollen. Für die betroffenen Fahrerinnen und Fahrer habe dies zur Folge, dass sie für längere Zeit nicht mehr am Straßenverkehr teilnehmen dürften.

Darüber hinaus befände sich die Stelle aktuell in der Beschaffung von zwei neuen Fahrzeugen, von denen eines noch im laufenden Jahr zur Verfügung stehen solle, während ein weiteres Fahrzeug mit integriertem Messsystem zu einem späteren Zeitpunkt (2026) vorgesehen sei.

In der Zulassungsstelle sei die Terminvergabe vollständig auf ein reines Terminsystem umgestellt worden, was sich nach einer Erprobungsphase bewährt habe. Die Situation habe sich dadurch spürbar vereinfacht und beruhigt. Für die Kundinnen und Kunden sei die Erreichbarkeit verbessert worden, die Wartezeiten hätten sich verringert. Das Terminsystem ermögliche es zudem, flexibel auf Nachfragen zu reagieren: freiwerdende Termine würden sofort wieder online freigegeben, abgesagte Termine könnten am selben Tag noch gebucht werden. Die Auslastung sei durchweg sehr hoch und insgesamt erhalte die Stelle überwiegend positives Feedback, weshalb man das System dauerhaft beibehalten wolle.

Neben dem regulären Kundengeschäft bestünde weiterhin das sogenannte Taschenabgabengeschäft für Autohäuser, das ebenfalls reibungslos lief. Zwar habe es zeitweise Rückstände gegeben, diese seien jedoch wieder aufgeholt worden. Gerade in dieser Phase habe sich die Stärke des Terminsystems gezeigt, da flexibel auf die personelle Situation reagiert werden konnte. So seien Termine abgesagt oder verschoben worden, ohne dass Kundinnen und Kunden vergeblich vor Ort erschienen seien. Durch die Möglichkeit, Betroffene direkt per E-Mail zu informieren, sei auch die Beschwerdelage deutlich entspannter gewesen.

Darüber hinaus seien die Öffnungszeiten am Standort Lünen erweitert worden, was von der Bevölkerung positiv angenommen worden sei. Ein weiteres wichtiges Thema sei der Umbau des Bürgerbüros gewesen. Nach einer intensiven Umbauphase stünde der Wiedereinzug unmittelbar bevor. Alle Abnahmen seien erfolgreich verlaufen, sodass der Betrieb wie geplant wieder aufgenommen werden könne.

Die Projektbegleitung sei herausfordernd und zugleich spannend gewesen. Dabei seien viele organisatorische Fragen bearbeitet worden – von Ausstattung und Möblierung über Leitwege bis hin zum Brandschutz. Rückblickend könne gesagt werden, dass es sich um ein gelungenes Projekt handle, auf dessen Abschluss man stolz sein dürfe.

Fachbereich Bevölkerungsschutz:

Herr Wauro sei in einer Kennenlernphase, in der er auf einer Rundreise durch den Kreis Unna mit den verschiedenen Feuerwehren, Gemeinden sowie mit Funktionsträgern aus Verwaltung und Politik ins Gespräch komme. Diese Begegnungen seien durchweg offen und konstruktiv, sodass schnell inhaltliche Themen aufgegriffen werden könnten und die bisherige Arbeit des Fachbereichs nahtlos fortgeführt werde.

Herr Wauro erläutert, der Fachbereich 38 umfasse drei Sachgebiete. Im Rettungsdienst sei insbesondere das Projekt „Tele-Notarzt“ von Bedeutung, das in Kooperation mit anderen Städten auf den Weg gebracht worden sei. Da es jedoch Einwände gegen das Vergabeverfahren gegeben habe, müsse die Ausschreibung neu erfolgen, was eine Verzögerung zur Folge habe. Daneben sei intensiv am sogenannten MANV-Konzept – also dem Konzept zum Massenanfall von Verletzten – gearbeitet worden. Dieses diene dazu, große Einsatzlagen vorzuplanen, um im Ernstfall auf erprobte Abläufe und Checklisten zurückgreifen zu können. Zudem würden die Rettungswachenbereiche regelmäßig überprüft und in Leitungsrunden gemeinsam mit den Beteiligten weiterentwickelt.

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz liege ein Schwerpunkt auf der Umsetzung des Katastrophenschutzbedarfsplans, mit dem der Kreis eine Vorreiterrolle in Nordrhein-Westfalen einnehme. Dies erfordere enge Abstimmungen mit Feuerwehren und Gemeinden sowie eine strukturierte Umsetzung einzelner Maßnahmen. Hinzu komme die Planung des Gefahrenabwehrzentrums, die ebenfalls im Sachgebiet begleitet werde. Auch die zivile Alarmplanung habe an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt durch aktuelle internationale Entwicklungen. Hier arbeite man in Abstimmung mit Land, Bund und anderen Kreisen an tragfähigen Strukturen.

Schließlich sei im Sachgebiet Leitstelle die Einführung eines neuen Einsatzleitsystems das zentrale Thema. Dieses Projekt habe zu Verzögerungen geführt, befinde sich nun aber auf der Zielgeraden. In enger Abstimmung mit Gemeinden und Feuerwehren solle das System bald in den Betrieb überführt werden. Dabei seien zahlreiche technische Schnittstellen zu berücksichtigen, was die Umsetzung komplex mache.

Dies sei nur ein kurzer Überblick über die aktuellen Schwerpunkte. In künftigen Sitzungen solle über weitere Zwischenstände und hoffentlich auch über erfolgreiche Abschlüsse berichtet werden.

Frau Wohlgemuth fragt nach einer Erläuterung zum Zivilschutz, da sie in diesem Bereich nicht die genauen Aufgaben des Kreises identifizieren könne.

Im Bereich des Zivilschutzes liege die besondere Herausforderung darin, dass Aufgaben grundsätzlich vom Bund vorgesehen seien, dieser aber nicht alle Feinheiten der örtlichen Gegebenheiten in den einzelnen Gebietsgruppen und Körperschaften kenne. Daher werde der Kreis als Kommune einbezogen und müsse bestimmte Aufgaben eigenständig durchführen. Dies würde vor allem Planungen und die Umsetzung von Vorgaben betreffen, die der Bund zukünftig vorgeben werde, sodass der Kreis diese Vorgaben mit Leben füllen könne.

Die Kreisverwaltung müsse sich entsprechend aufstellen, um im Falle eines Zivilschutzereignisses handlungsfähig zu sein. Derzeit befände man sich noch am Anfang dieses Prozesses, erwarte jedoch weitere Aufgabepakete, die über das Land an den Kreis weitergeleitet werden könnten. Ziel sei es, klar zu definieren, welche konkreten Maßnahmen der Kreis ergreifen müsse und wie man sich sinnvoll vorbereiten könne.

Dabei finde ein intensiver Austausch mit anderen Kreisen statt, um Erfahrungen und Informationen zu teilen. Zwar existiere ein sogenannter O-Plan Deutschland, dessen Inhalte jedoch größtenteils geheim sei, dennoch werde vom Kreis erwartet, dass erste Maßnahmen bedacht und vorbereitet würden. In diesem Zusammenhang werde an Strukturen gearbeitet, die mögliche Aufgaben aus dem O-Plan berücksichtigen könnten und es werde viel Aufwand betrieben, um bestmöglich vorbereitet zu sein.

Herr Gutzeit ergänzt, dass die Anschaffung einer Drehleiter weiterhin im Katastrophenschutzbedarfsplan vorgesehen sei. Dieses Vorhaben sei sowohl im Ausschuss als auch im Kreis der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kontrovers diskutiert worden, da damit ein erhebliches Investitionsvolumen verbunden sei. Nun könne jedoch berichtet werden, dass eine Drehleiter beschafft werde.

Die Verwaltung habe die Möglichkeit erkannt, ein gebrauchtes Fahrzeug zu erwerben, das noch über eine mehrjährige Restlaufzeit verfüge. Damit solle sichergestellt werden, dass den Feuerwehren im Kreis ein Ersatzgerät zur Verfügung stünde, wenn ihre eigene Drehleiter ausfalle oder für längere Zeit in Revision sei. Auf diese Weise könnten nicht nur Einsatzfähigkeit und Sicherheit gewährleistet, sondern auch die erheblichen Kosten für eine Anmietung vermieden werden. Schon bereits jetzt zeichne sich ein großes Interesse für das Gerät ab.

Herr Enters fragt an, wo diese Drehleiter denn stationiert werden würde. Diese werde, laut Herrn Gutzeit, auf dem Dienstgelände in der Florianstraße stationiert.

Punkt 4 108/25 Ergänzung der 5. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes

Herr Gutzeit führt aus, dass die Städte Schwerte und Lünen einen weiteren Bedarf um zwei Stellen angemeldet hätten. Die Ausbildungsvoraussetzungen für die Notfallsanitäter lägen in den entsprechenden Rettungswachen vor. Doch würde eine Refinanzierung jener Personalkosten nur dann erfolgen, wenn der Kreistag Unna die Erweiterung und Ausweitung des Rettungsdienstbedarfsplanes beschließe.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Erweiterung der Ausbildungsplätze für Notfallsanitäter/-innen um 2 Plätze für das Jahr 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

keine

gez. Arber Aliu
Schriftführer

gez. Herbert Krusel
Vorsitzender